

**Neue Schliessungen von
Poststellen im Kanton**

Anfrage

Die Schweizerische Post hat Ende Januar angekündigt, dass sie in den drei kommenden Jahren schweizweit 500 Poststellen schliessen wird. Gemäss den von der Freiburger Presse veröffentlichten Zahlen ist unser Kanton besonders betroffen, denn mehr als 50 Poststellen sollen geschlossen werden oder sind von einer Schliessung gefährdet.

Da der Kanton Freiburg schon bei früheren Abbauphasen des Poststellennetzes stark zur Ader gelassen wurde und da ein enges Poststellennetz besonders in den Randregionen von grosser Bedeutung für die Bevölkerung und die Wirtschaft (besonders unsere KMU) ist, halten wir diesen neuen Plan zum Abbau von Poststellen als sehr nachteilig für unseren Kanton.

Deshalb stelle ich dem Staatsrat folgende Fragen:

1. Wurde der Staatsrat von der Post bezüglich dieses Abbauplans kontaktiert oder hat er selber mit der Post Kontakt aufgenommen?
2. Weiss der Staatsrat genau wie viele und welche Poststellen in unserem Kanton betroffen sind? Wenn ja, ist er bereit, diese Liste zu veröffentlichen?
3. Ist der Staatsrat ebenfalls der Meinung, dass durch den Abbau von mehreren Dutzend Poststellen im ganzen Kanton der Bedarf an Postdienstleistungen der Bevölkerung, der Läden und der KMU in den betroffenen Regionen nicht mehr gebührend gedeckt werden kann? Ist er auch der Meinung, dass der Ersatz von Poststellen durch Agenturen im Hinblick auf den Zahlungsverkehr und die Bargeldversorgung nicht zufriedenstellend ist, da diese Dienstleistungen von den Agenturen nicht angeboten werden?
4. Beabsichtigt der Staatsrat, der Post mitzuteilen, dass er gegen die massive Schliessung von Poststellen in unserem Kanton ist und einen flächendeckenden und qualitativ hochstehenden Service public der Post unterstützt? Beabsichtigt er, konkrete Massnahmen zu ergreifen, um die betroffenen Poststellen zu erhalten?

31. März 2009

Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat teilt die Befürchtungen der Bevölkerung bezüglich der angekündigten Schliessung von Poststellen im Kanton Freiburg. Er hält es für sehr wichtig, dass die Dienstleistungen der Post auf dem gesamten Freiburger Kantonsgebiet angeboten werden, und weist darauf hin, dass sich die Entwicklung des Poststellennetzes und die allfällige Einführung von alternativen Lösungen für Leistungen der Post nach der Gesetzgebung richten muss und dass die betroffenen Gemeinden angehört werden müssen.

Auf die Fragen von Grossrat Rime antwortet der Staatsrat wie folgt:

1. *Wurde der Staatsrat von der Post bezüglich dieses Abbauplans kontaktiert oder hat er selber mit der Post Kontakt aufgenommen?*

Die Freiburger Regierung hat von der Schweizerischen Post am 15. April 2009 einen Brief erhalten, mit dem sie über den Stand der Umstrukturierung des Poststellennetzes, über die betroffenen Gemeinden im Kanton Freiburg sowie über das Vorgehen informiert wurde, wie diese Umstrukturierung durchgeführt werden soll. Die Post reagierte damit auf die falschen Listen von betroffenen Gemeinden, die in der Presse zirkulieren. Die Regierung verfolgt wachsam die Entwicklungen bei der Post. Zwischen der Post und der Staatsratsdelegation für das Wirtschafts- und Finanzwesen finden regelmässige Gespräche statt, um über den Stand der verschiedenen laufenden Projekte zu informieren.

2. *Weiss der Staatsrat genau, wie viele und welche Poststellen in unserem Kanton betroffen sind? Wenn ja, ist er bereit, diese Liste zu veröffentlichen?*

Wie weiter oben erwähnt, hat der Staatsrat am 15. April eine Liste der betroffenen Gemeinden des Kantons Freiburg erhalten. Es handelt sich um 39 Gemeinden und nicht um 50, wie in bestimmten Medien erwähnt und in der gestellten Frage aufgegriffen wurde. Inzwischen wurde für zwei Poststellen (Remaufens und Sorens) eine Lösung akzeptiert. Die Liste der 37 betroffenen Gemeinden ist öffentlich. Die Post hat über die Medien mitgeteilt, dass sie die Liste im Internet veröffentlicht hat, wo sie eingesehen werden kann. Die Post meldet, dass sie zwischen 2009 und 2011 die Poststellen der folgenden Gemeinden überprüfen will:

1644 Avry-devant-Pont
1719 Brünisried
1541 Bussy FR
1654 Cerniat FR
1553 Châtonnaye
1744 Chénens
1792 Cordast
1727 Corpataux-Magnedens
1741 Cottens FR
1796 Courgevoux
1663 Epagny
1731 Ependes FR
3285 Galmiz
1544 Gletterens
1666 Grandvillard
1648 Hauteville
1656 Jaun
1689 Le Châtelard-près-Romont
1789 Lugnorre
1692 Massonnens
1721 Misery-Courtion
3286 Muntelier
1489 Murist
1757 Noréaz
1756 Onnens FR
1737 Plasselb
1699 Porsel
1673 Promasens

1718 Rechthalten
3216 Ried b. Kerzers
1625 Sâles (Gruyère)
1716 Schwarzsee
1736 St. Silvester
1717 St. Ursen
1609 St-Martin FR
1528 Surpierre
1694 Villarsiviriaux

Die Post hat gegenüber der Freiburger Regierung bestätigt, dass sie jede der betroffenen Gemeinden schriftlich informiert hat und mit ihnen rasch Kontakt aufnehmen will.

3. *Ist der Staatsrat ebenfalls der Meinung, dass durch den Abbau von mehreren Dutzend Poststellen im ganzen Kanton der Bedarf an Postdienstleistungen der Bevölkerung, der Läden und der KMU in den betroffenen Regionen nicht mehr gebührend gedeckt werden kann? Ist er auch der Meinung, dass der Ersatz von Poststellen durch Agenturen im Hinblick auf den Zahlungsverkehr und die Bargeldversorgung nicht zufriedenstellend ist, da diese Dienstleistungen von den Agenturen nicht angeboten werden?*

Im bereits erwähnten Brief hat die Post erklärt, dass es nicht das Ziel der Umstrukturierung ist, Poststellen zu schliessen. Den Angaben der Post zufolge wird die Umstrukturierung fortgesetzt, da die Postschalter von den Privatpersonen viel weniger benutzt werden. Zwischen 2000 und 2008 haben die Privatkunden gemäss den Zahlen der Post 46 % weniger Briefe und Pakete am Schalter abgegeben. Im gleichen Zeitraum sind die Einzahlungen um 17 % zurückgegangen, hauptsächlich da sie vermehrt über Internet getätigt werden.

Die Post beabsichtigt, die Poststellen durch Postagenturen, die beispielsweise wie eine Post im Dorfladen funktionieren, oder durch Haus-Services zu ersetzen, mit denen nach dem Vorbild des Briefträgers die Kunden zuhause bedient werden. Im Vergleich zu den kleinen Poststellen bietet die Agentur den Vorteil einer längeren Öffnungszeit. Dagegen werden weniger Dienstleistungen beim Zahlungsverkehr angeboten. In ihrem Brief hat die Post jedoch angekündigt, dass sie in den Agenturen neue Zahlungsmöglichkeiten einführen wird und künftig alle Debitkarten akzeptieren wird, nicht nur die der Post. Den Angaben der Post zufolge sollte dies künftig rund 5 Millionen Postkunden erlauben, ihre Zahlungen in den Agenturen abzuwickeln. Dies entspricht praktisch allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz.

Der Staatsrat nimmt zur Kenntnis, dass gemäss den Darlegungen der Post die Alternativen zu den Poststellen für die Kunden keine Leistungsschmälerung gegenüber den bisherigen Dienstleistungen bedeuten. Die Regierung hält es für wichtig, dass die Schweizer Bevölkerung über einen möglichst geeigneten und flächendeckenden Universaldienst verfügen. Die Gemeindebehörden sind hier in der besten Position, um die Interessen ihrer Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft zu vertreten.

4. *Beabsichtigt der Staatsrat, der Post mitzuteilen, dass er gegen die massive Schliessung von Poststellen in unserem Kanton ist und einen flächendeckenden und qualitativ hochstehenden Service Public der Post unterstützt? Beabsichtigt er, konkrete Massnahmen zu ergreifen, um die betroffenen Poststellen zu erhalten?*

Der Staatsrat hat gegenüber den Vertretern der Post stets darauf hingewiesen, dass ihm eine vollständige Deckung des Freiburger Kantonsgebiets durch die Dienstleistungen der Post wichtig ist. Bei den regelmässigen Gesprächen mit der Staatsratsdelegation für das

Wirtschafts- und Finanzwesen über den Stand der verschiedenen laufenden Projekte wurde dieses Ziel im Übrigen von den Vertretern der Post stets akzeptiert. Der Staatsrat hat, wie in der Einleitung erwähnt, stets darauf gepocht, dass sich die Entwicklung des Poststellennetzes und die allfällige Einführung von alternativen Lösungen für Leistungen der Post nach der Gesetzgebung richten muss und dass die betroffenen Gemeinden angehört werden müssen. Im bereits erwähnten Brief erklärt die Post, dass sie das Poststellennetz für sehr wertvoll hält und sie es sorgfältig weiterentwickeln will. Die Überprüfung der betroffenen Gemeinden hat nicht zum Ziel, Poststellen zu schliessen, sondern abzuklären, welche Poststellen unverändert weitergeführt oder in alternative Formen wie Agentur und Haus-Service umgewandelt werden sollen. Damit ist also keinesfalls ausgeschlossen, dass der Status quo beibehalten wird. Die Post bestätigte ferner, dass sie mit den Gemeinden einvernehmliche Lösungen finden will. Falls keine Einigung zustande kommt, können sich die Gemeinden an eine unabhängige Kommission, die Kommission Poststellen, wenden. Die Post erklärt, dass sie alle Entscheidungen dieser Kommission akzeptieren wird. Anlässlich eines Treffens zwischen dem Verwaltungsratspräsidenten der Post und der Staatsratsdelegation für das Wirtschafts- und Finanzwesen hat die Post bestätigt, dass sie beabsichtigt, annehmbare Lösungen zu finden. Der Staatsrat hat den Wunsch geäußert, dass der Verwaltungsratspräsident der Post die betroffenen Freiburger Gemeinden an einer von der Volkswirtschaftsdirektion organisierten Sitzung trifft, um sie aus erster Hand zu informieren und sie persönlich anzuhören.

Der Staatsrat verpflichtet sich, die weitere Entwicklung dieses Dossiers mit grösster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Er wird darauf achten, dass die Post ihre Versprechungen einhält und dass die Interessen der Gemeinden und der Freiburger Bevölkerung gewahrt werden.

Freiburg, den 15. Juni 2009